

NEIN



Dieses Plakat kann ab sofort im Friedensbüro in Kastellaun für 1,- DM erworben werden. Es ist nach einer Idee beim Delegierten-treffen entstanden und von Franz-Josef Hofmann entworfen worden. Wir finden, es ist gut gelungen!

Bei der spontanen Demonstration anlässlich der Wachübernahme durch die Amerikaner an der Cruise-Missiles-Stellung ist es zum ersten Mal zum Einsatz gekommen. Wachmänner, die an diesem Tag (31. Jan.) das Gelände zum letzten mal bewacht haben und seit dem arbeitslos sind, haben es vor Verlassen ihres Arbeitsplatzes ins Wachhäuschen gehängt.

FRIEDENSINITIATIVEN RHEIN-HUNSÜCK-MOSEL-NAHE
Grafik: F.-J. Hofmann

Friedens - Informationen



Nr. 22 FEBRUAR/MÄRZ 1987

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

31. 1. 1987:

US-AIR-FORCE ÜBERNAHM CRUISE MISSILE BAUSTELLE



IMRESSUM : --Friedensinformationen--

ViSdp

: Axel Weirich, Reinhard Sczech, Horst Petry.

US-AIR-FORCE ÜBERNAHM CRUISE MISSILE BAUSTELLE

31.1.1987: Eine Woche nach der Bundestagswahl wahr es soweit: Dreißig Arbeitnehmer des "Deutschen Wachdienst" wurden arbeitslos. Die Friedensinitiative erfuhr vormittags von der bevorstehenden Wachübernahme durch die US-AIR-FORCE und löste die "Telefonkette" aus. Ab 19.30 Uhr versammelten sich knapp hundert Menschen zu einer Spontandemo an der Cruise Missilie Baustelle.

Die Stimmung der "gefeuerten" Wachleute war gelöst. "Am Montag geht's wieder zum Arbeitsamt" bekamen wir erzählt. Wir hielten unsere Transparente hoch. "Aber sicher hänge ich auch ein Transparent im Wachhäuschen auf." Die schwere Stahltür ging auf. Punkt 20.00 Uhr war die Ablösung in amerikanischer Uniform noch nicht eingetroffen. Dafür hing im Wachhäuschen hinter der Stacheldrahtmauer unser Transparent: "NEIN".

Als schließlich die Ablösung eintraf herrschte Konfusion. Niemand wußte wo die Schlüssel zu den Toren sind. Die Polizei bat uns, doch wenigstens die Wachleute ausfahren zu lassen, nachdem kein Tor außer dem "Demotor" zu öffnen war. Diese Bitte wurde erfüllt. Es mutete geradezu gespenstisch an, wie desolat die Wachübernahme organisiert war. Das einzig geöffnete Tor konnte nicht mehr abgeschlossen werden. Werner Glockner (Kirchberg) erkannte in einem der neuen Wachleute in Uniform und mit lockerer Pistole einen seiner ehemaligen Schüler. Die Amerikaner hatten einige Deutsche als Wachmänner eingestellt.

Die gefeuerten Wachleute des "Deutschen Wachdienst" waren mit ihren Schäferhunden verschwunden. Wachübernahme: Die hohen Herren hatten schon einen Tag vorher ausgiebig gefeiert. Die einfachen Malocher bekamen ohne Dankeschön den Fußtritt.

DER GANZE HOHN: FÜR ACHT MARK LOHN

Zwischen 6,67 DM und 9,05 DM beträgt der Stundenlohn im "Bewachungsgewerbe". Für einen "Metaller" der, für die 35 Stunden Woche kämpft, unfassbar: Die regelmäßige monatliche Arbeitszeit laut Tarifvertrag 300 Stunden! Das sind 25 Tage im Monat a 12 Stunden. Ein sozial unhaltbarer Zustand.

Der "Deutschen Wachdienst" hatte damit gerechnet, ähnlich wie in Mutlangen weiterhin die Bewachung der Anlage zu übernehmen. Fehlmeldung. Im Hunsrück wird alles mit Mauern, Stacheldraht, Alarmanlagen und Kameras hermetisch abgeriegelt. Wachleute die "Streife" gehen werden da nicht mehr gebraucht. Im Zeitalter der elektronischen Überwachung wird nur eine Bereitschaftsgruppe eingesetzt, die im Alarmfall "zuschlagen" kann. Die Überwachungsanlagen werden zur Zeit noch von sehr trinkfreudigen Italienern installiert. Reinhard Sczech

O S T E R M A R S C H 1 9 8 7

Soll der diesjährige landesweite Ostermarsch wieder im Hunsrück stattfinden, oder aber angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in unserer Landeshauptstadt Mainz?

Diese Frage wurde im Ostermarschkreis und in unserer Friedensinitiative lange diskutiert. Für uns war eins klar: Wir machen auf jeden Fall einen Ostermarsch im Hunsrück. Nur etwas anders soll er ablaufen, als in den letzten Jahren.

So waren wir auch nicht besonders traurig über die Tendenz im OM-Kreis, den rheinlandpfälzischen Ostermarsch in diesem Jahr in Mainz zu veranstalten (jedenfalls mehrheitlich - Die Emmelshausener, Stromberger und Benno mögen mir verzeihen!).

Dies wurde dann auch auf der rheinland-pfälzischen Friedensversammlung am 8. Febr. in Mainz so beschlossen.

Für uns wird es nun allmählich Zeit, mit den konkreten Vorbereitungen hier anzufangen (es wird für uns jetzt mehr zu tun geben, als in den vergangenen Jahren, wo die überwiegende Vorbereitung vom OM-Kreis übernommen wurde).

Wir sollten auch nicht mehr zu lange über den Abschlußort diskutieren. -

- Die Kirchberger haben vorgeschlagen, die Abschlußveranstaltung in der Nähe des Flugplatz Hahn durchzuführen. Hier laufen - so Axel - die Fäden der Hunsrücker Militäranlagen zusammen und wir hätten die Möglichkeit zu beweisen, daß wir keine "Ein-Punkt-Bewegung" (Anti-Raketen-Bewegung) seien, sondern "uns dem annähern, wo wir vor Jahren schon einmal waren, nämlich einer 'antimilitaristischen Bewegung'".

- Die Mehrheit der ~~ANDEREN~~ bevorzugte jedoch, auf jeden Fall in der Nähe Hasselbach zu bleiben, ohne damit ihrer antimilitaristischen Grundhaltung abschwören zu wollen.

Wir wollten uns allerdings darüber nicht weiter streiten und wollen die endgültige Entscheidung von rein praktischen Erwägungen abhängig machen.

Die Abschlußveranstaltung soll nämlich möglichst in einem Zelt stattfinden, damit wir vom Wetter unabhängig sind. Bisher ist uns dafür noch kein geeigneterer Platz eingefallen, als der Beller Markt.

An möglichst vielen Orten sollten Auftaktveranstaltungen laufen, so daß sich die einzelnen Gruppen von hier aus sternförmig zum Abschlußort bewegen können (am besten zu Fuß oder mit dem Fahrrad). Für Aktionen an der Mauer sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Alle Stammtische sind aufgefordert; Ideen für das Programm der Abschlußveranstaltung zu sammeln.

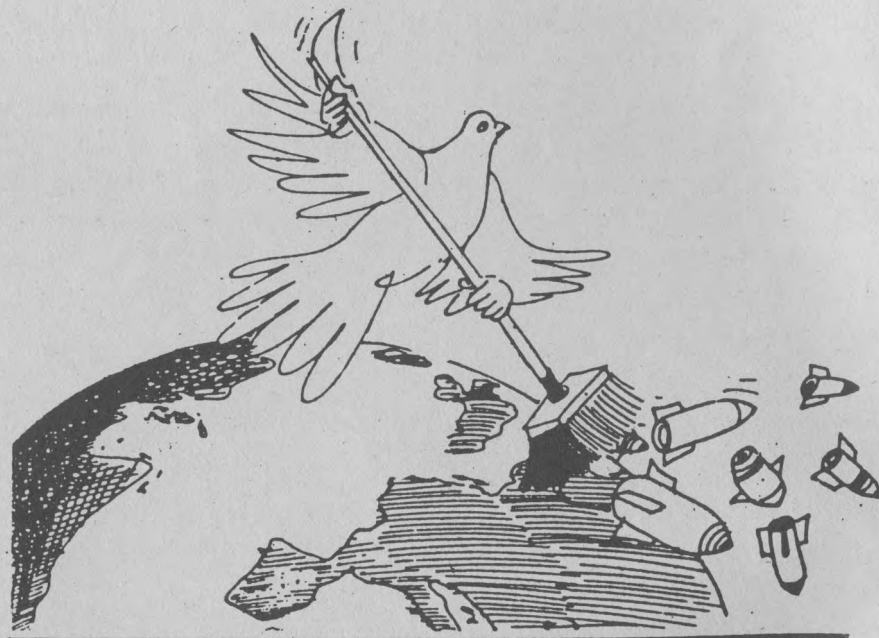
Als Redner hat bereits zugesagt: Jörg Schultz-Trieglaff vom DARMSTÄDTER SIGNAL.

Für die musikalische Untermalung sorgt die Bopparder Gruppe MARIE (Lead-Sänger: Thomas Löber aus Hausbay)

Der HUNSRÜCKER OSTERMARSCH findet übrigens statt am Ostersonntag, dem 19. April.

Am Ostermontag wollen dann viele von uns nach Mainz fahren, um am rheinland-pfälzischen Ostermarsch teilzunehmen.

Heidrun



EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH, WIR SIND VERANTWORTLICH DAFÜR, DAß SIE KOMMT.

In ihr werden die Völker gelernt haben, ihre KONFLIKTE untereinander ohne Waffen auszutragen. DESHALB fordern wir schon heute, die brutalsten Waffen, die das Leben der Menschheit bedrohen, zu ächten: die atomaren und chemischen Waffen. Wir freuen uns über jedes Zeichen auf diesem Weg, z.B. die mehrfachen Angebote der UdSSR für den STOP ALLER ATOMTESTS und die verheißungsvollen VORSCHLÄGE von REYKJAVIK.

In dieser Welt, die wir wollen, wird kein Volk auf Kosten des anderen leben, Keines das andere ausbeuten, sondern alle werden miteinander TEILEN, damit ein jedes ohne Hunger, Epidemien und Angst leben kann. DESHALB nehmen wir schon heute an den Versuchen teil, aktiv beim Aufbau einer neuen Gesellschaft zu helfen, z.B. in Nicaragua.

In der EINEN Welt, die wir vor Augen sehen, werden verschiedene Rassen die Völker nicht voneinander trennen und spalten, sondern gerade durch die Vielfalt zur Entwicklung der Menschheit beitragen. DESHALB begrüßen wir die ausländischen Mitbürger unter uns und empfinden sie als eine Bereicherung unseres gesellschaftlichen Lebens. Die Unterdrückung eines Teils der Bevölkerung durch eine Rasse oder Minderheit lehnen wir ab. Deshalb bleiben wir z.B. an der Seite der Schwarzen in Südafrika.

Die ARBEIT der Menschen ist Grundlage ihres Lebens. Heute wird sie millionenfach zur Produktion von Rüstungsgütern eingesetzt, die nicht zu einem besseren Leben hilft, sondern letztlich Sozialabbau und Arbeitslosigkeit erzeugt. DESHALB streiten wir mit den Gewerkschaften für die Rechte aller Arbeitnehmer auf Ausbildung, Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen in einer Friedensproduktion.

Die Welt ist unsere UMWELT. Weil sie unser Lebensraum ist, müssen wir um unser selbst willen Frieden mit ihr schließen, d.h. mit den Tieren und Pflanzen, mit den Flüssen und Wäldern, mit der Luft und auch mit der Sonne und den Sternen. Zerstört sie nicht! Es rächt sich schon heute bitter, daß wir sie rücksichtslos mißbrauchen. DESHALB verpflichten wir uns, wieder einen Bund mit der Natur zu schließen, gegen den Wahn der Umweltzerstörung und atomaren Verseuchung.

Wir halten eine Welt für möglich, in der alle Menschen in die Lage versetzt werden, gemeinsam über ihre Angelegenheiten ZU BERATEN UND ZU ENTSCHEIDEN. Sie sollen aufrecht gehen und ihren Weg bestimmen. DESHALB lehnen wir unwürdige Kontrollen ab, die den Bürger in allen seinen Lebensbereichen durchsichtig und für die jeweilige Regierung verfügbar machen sollen. Wir sind nicht Objekte staatlichen Handelns, sondern wollen freie Bürger und Träger der Demokratie sein.

Auf diesem Weg in eine bessere Welt haben wir viele Begleiter. Dies macht Hoffnung.

Der Friede ist nicht nur eine Welt ohne Waffen, der Friede ist auch die Art, wie wir miteinander und mit der Natur umgehen.

Der Friede ist umfassend. Für ihn demonstrieren wir auch diesmal wieder zu Ostern 1987 mit mannigfaltigen Aktivitäten an vielen Orten in Rheinland-Pfalz und gemeinsam am Ostermontag in Mainz.

FÜR DAS LEBEN - GEGEN DEN TOD

Ich/wir unterstützen den Aufruf zum rheinland-pfälzischen Ostermarsch 1987

Name	Vorname	Anschrift	Beruf/Funktion	Unterschrift

V.i.S.d.P.: Ostermarsch-Kreis Rheinland-Pfalz, c/o Marlies Schläger, Kaiserstraße 42, 65 Mainz, Tel.: 06131/228546

Am 5. Februar lud J. Merstes (SPD) zu einem Informationsgespräch in das Rathaus Kastellaun ein. Zugegen waren: drei Militärattachés, der US-Armee, ein Beauftragter des Generalkonsulats der USA in Frankfurt für Wirtschaft und Politik, die Bürgermeister, Berg, Löw und Pomrehn, der einladende SPD-Landtagsabgeordnete Mertes und Karl-August Dahl und Beate Ronnefeldt für die FI-Hunsrück. Ziel des Stelldicheins war, den Militärs, sowie dem Generalkonsulatsangestellten Informationen durch die Bürgermeister, aber auch direkt von der Basis zukommen zu lassen.

Nachdem früh am Morgen ein Empfang der Verbandsgemeinde Simmern stattgefunden hatte und die Herren sich das Stationierungsgelände von außen zeigen ließen, fand mit Verspätung der Empfang im Kastellauner Rathaus statt. Nach einer kurzen, wohlwollenden Begrüßung und Stellungnahme durch Bürgermeister Löw, erfolgte eine etwas weniger wohlwollende Stellungnahme durch Bürgermeister Pomrehn, Hasselbach. U.a. fiel der Satz: "Wir fragen uns, ob wir überhaupt noch in einer Demokratie leben." Ein gewisser Unmut, vor allem in Bezug auf die Desinformationspolitik unserer Regierung und Behörden und das sich ständig breitermachende Militär waren nicht zu überhören.

Daraufhin hatten Karl-August und ich die Gelegenheit, ausführlich die Sichtweise vieler besorgter, aber auch zum Widerspruch entschlossener Bürger/innen darzulegen: die Belastungen durch das Militär vor Ort, die Überzeugung, daß es inzwischen nicht mehr nur um Verteidigung, sondern eher um Erstschlagstrategien geht, der Skandal der Verarmung eines Großteils der Weltbevölkerung aufgrund der wahnsinnigen Hochrüstung, die Gefahren durch die Rüstung auch schon in "Friedenszeiten", das schwindende Vertrauen in die US-Regierung, belegt durch Beispiele wie Libyen, Rejkjavik, Iran, Nicaragua usw. und vieles mehr.

Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß der größte Teil des Gespräches durch unsere Beiträge bestimmt wurde. An manchen Punkten gab es sogar Übereinstimmung aller Deutschsprachigen: z.B. im Protest gegen den kürzlich erfolgten Atomtest in den USA und gegen die penetrante Nichtbeachtung der Verhandlungsvorschläge Gorbatschows durch Reagan. Geschont worden sind die amerikanischen Landsleute nicht.

Unsere Klage darüber, daß sich die US-Amerikaner hier auf dem Hunsrück wo wenig zum Dialog bereitfinden, stieß auf Erstaunen. In den Augen der anwesenden Amerikaner schien Dialog das Selbstverständlichste der Welt zu sein. Nur schade, daß sie für uns als Ansprechpersonen nicht in Frage kommen, so können sie uns nicht zeigen, daß sie es tatsächlich so meinen.

Insgesamt bewerte ich das Treffen als positiv, nicht zuletzt deswegen, weil es in einer guten Gesprächsatmosphäre verlief und zum Teil wirkliche Betroffenheit auslöste, wobei stellenweise die Unzufriedenheit vor allem des Konsulatsangehörigen, mit der eigenen Regierung deutlich wurde. Zum Abschluß wurde bei recht intensiver Diskussion, vorwiegend über die Mittelamerikapolitik der USA, auf Einladung von Bürgermeister Löw hin, gemeinsam gespiesen.

Beate

PRO-WINZKINO zeigt den Film "WENN DER WIND WEHT"



„WENN DER WIND WEHT“ – ab 20. November überall in deutschen Kinos! – Millionen werden diesen Film in den nächsten Wochen und Monaten sehen. „Wenn der Wind weht“ wird auch die Millionen Wählerinnen und Wähler zum Bundestag aufrütteln, betroffen und nachdenklich machen – – –

„WENN DER WIND WEHT“ ist ein ganz großer Film gegen Krieg und Atomrüstung. Dieser Film wird seine Zuschauer mit einem veränderten Bewußtsein entlassen, mit dem Bewußtsein der absoluten Notwendigkeit einer Politik der Abrüstung von Waffen und menschenverachtender Bedrohung, des Abbaues von Mißtrauen, Desinformation und Haß.

„WENN DER WIND WEHT“ – gegen die Atomrüstungs-Mafia der Reagan, Weinberger, Kohl, Thatcher, Wörner und Co.

am 5.3. in Simmern

6.3. in Kastellaun

9.3. in Boppard

aufgrund der angesprochenen Thematik will die Friedensinitiative jeweils einen Infotisch aufbauen und Informationsmaterialien verteilen.

CRUISELBEOBACHTUNG

Nachdem mittlerweile das deutsche Wachpersonal an der B-Battery entlassen wurde und die U.S.-Amerikaner die cruise-missiles-Station übernommen haben, müssen wir damit rechnen, daß bald auch die Raketen nach Hasselbach gebracht werden und die Todesbasis ihren "normalen" Betrieb mit Übungen, Ausfahrten und Manövern aufnimmt. Die Amerikaner rechnen wohl auch für die Zukunft mit Störaktionen bei ihren Kriegsspielen, denn noch bevor die deutschen Wachmannschaften die B-Battery verlassen hatten, wurden alle Schlösser an den Toren entfernt. Scheinbar traut man den "Verbündeten" doch nicht so richtig über den Weg. Für alle, die die cruise missiles in Zukunft nicht unbeobachtet durch die Gegend fahren lassen wollen, findet am

Montag, dem 9. März
um 20.00 Uhr in Kastellaun
im Schloßhotel

ein Treffen der Gruppe "Cruiselbeobachtung" statt. Im Zusammenhang mit der "Cruiselbeobachtung" ist der folgende Auszug aus einem Leserbrief interessant, der am 6.11.1986 in der "Fränkischen Landzeitung" anlässlich des Pershingmanövers "Carbon Archer" erschien.

"(...) Die Frage der Nötigung bei der Anwendung von Gewalt durch amerikanische Soldaten innerhalb oder an der Grenze militärischer Sicherheitsbereiche stellt sich nicht im Zusammenhang mit deren Errichtung, sondern im Zusammenhang mit der Befugnis amerikanischer Soldaten gegenüber Personen, die den Sicherheitsbereich betreten oder betreten wollen, unmittelbaren Zwang anzuwenden. (...) Die Anwendung von unmittelbarem Zwang in militärischen Sicherheitsbereichen ist Angehörigen fremder Truppen nicht getattet. Nach dem Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen, das auch für Anlagen und Einrichtungen der amerikanischen Truppen gilt, obliegt die Anwendung unmittelbaren Zwanges in den hierfür errichteten Sicherheitsbereichen ausschließlich Soldaten der Bundeswehr, beziehungsweise den hierfür beauftragten zivilen Wachpersonen. Wenn gleichwohl amerikanische Soldaten Spaziergänger und Demonstranten anhalten und abdrängen, stellt sich selbstverständlich die Frage nach dem Vorliegen einer Nötigung. (...)"

Wolfgang Herbert
Rechtsanwalt
8704 Uffenheim

Die Frauen treffen sich am Weltgebetstag um 13 Uhr vor dem Haupttor (vor dem Kreuz) an der Cruise-Missiles-Stellung bei Hasselbach.

Bitte Blumen mitbringen.

Gebete, die Euch für diesen Tag wichtig erscheinen, können vorgelesen werden und sind sehr erwünscht!

Wir freuen uns, wenn viele kommen.

Renate Fuchs und Elisabeth Bernhard

Du, meine Kirche, sagtest mir, es sei falsch zu töten ausgenommen im Krieg.
Ihr, meine Lehrer, sagtet mir, es sei falsch zu töten ausgenommen im Krieg.
Ihr, mein Vater und meine Mutter, sagtet mir, es sei falsch zu töten
.... ausgenommen im Krieg.
Ihr, meine Freunde, sagtet mir, es sei falsch zu töten ... ausgenommen im Krieg.
Du, mein Land, sagtest mir, es sei falsch zu töten ausgenommen im Krieg.

Ihr schicktet mich in den Krieg, um zu töten,
und als ich keine Wahl hatte,
sagtet ihr mir, ich sei im Unrecht,

weil ich das getan habe, was ihr mir gesagt habt.

Aber jetzt weiß ich,
daß ihr Unrecht hattet ...

und jetzt werde ich euch sagen ...

Meine Kirche,
meine Lehrer,
mein Vater, meine Mutter,
meine Freunde,
mein Land

Es ist nicht falsch zu töten,
ausgenommen im Krieg ...

Es ist falsch zu töten ... Punkt.

Und das müßt ihr lernen,
geradeso wie ich es lernen mußte.

George Mizo
Vietnam Veteran for Peace

FRIEDENSSTAMMTISCH KASTELLAUN

OFFENER BRIEF

An die
Hunsrücker
Bundestagskandidaten

Bell, den 13-1-1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine bittere Erfahrung mußte eine Hunsrücker Firma kürzlich machen: Auf Antrag der Wehrbereichsverwaltung-IV in Wiesbaden schickte ihr das Kreiswehrrersatzamt Bad Kreuznach einen "Bereitstellungsbescheid":

"Für die Zwecke der Verteidigung haben Sie folgenden Leistungsgegenstand (Fahrzeug) amtl. Kennzeichen SIM-..... einschließlich Werkzeug und Zubehör sowie Fahrzeugbrief, Fahrzeugschein, Betriebserlaubnis, Bedienungsanleitung, Pflege- und Wartungsanweisung zu einem Zeitpunkt, der sich jetzt noch nicht bestimmen läßt, den VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA als Leistungsempfänger zum Gebrauch, im Verteidigungsfall zum Eigentum zu überlassen."

Dieser Zeitpunkt wird durch schriftliche Benachrichtigung oder durch öffentlichen Aufruf oder mit Nennung des Kennworts "GRAUER ADLER" in Rundfunk, Fernsehen oder Presse bekanntgegeben." Abzugeben ist das Fahrzeug bei:

50TH AMMUNITION SUPPORT SQUADRON
DE (AIR BASE RECOVERY) BLDG 621
6541 HAHN FLUGPLATZ

Die Firmeninhaberin, Frau Hilde Brück aus Gödenroth, hat inzwischen erfolgreich über renommierte Anwälte eines Münchener Friedensforschungsinstituts Beschwerde gegen diesen Bescheid eingelegt. Wir vermuten allerdings, der Bescheid wurde zurückgezogen, um im Wahlkampf keine öffentliche Diskussion über die rechtlichen und politischen Hintergründe dieses Vorganges aufkommen zu lassen.

Das WARTIME HOST NATION SUPPORT-Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA vom 15.4.1982 garantiert den USA zivile "Mobilmachungsergänzungen". Das Abkommen hat ein Jahr Kündigungsfrist. Wir fordern die sofortige Kündigung durch den neugewählten Bundestag.

Wir wenden uns an Sie mit der Bitte um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Nach welchen Kriterien werden den Kreiswehrrersatzämtern Fahrzeugdaten übermittelt?
2. Liegt in der Datenübermittlung der KFZ-Zulassung an das Militär eine Verletzung von Datenschutzgesetzen vor?
3. Treffen unsere Informationen zu, daß im Rhein-Hunsrück-Kreis der überwiegende Teil neuer Nutzfahrzeuge auf diese Art "erfaßt" wird?
4. Welche rechtliche Grundlage haben solche "Bereitstellungsbescheide" an die US-ARMY und wie stehen Sie dazu?
5. Werden Sie die Forderung nach Aufkündigung des WARTIME HOST NATION- SUPPORT-Abkommens unterstützen?

Ihrer Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Mit friedlichen Grüßen

-10-

Anforderungsbehörde
Kreiswehrrersatzamt BAD KREUZNACH
III - Az 77 - 10 - 01/03
(Bei Schriftwechsel bitte Aktenzeichen und amtl. Kennzeichen angeben)

410
2310-15290

6550 BAD KREUZNACH
ROENTGENSTRASSE 32
Telefon: (0671) 64051

Zutretendes ist angekreuzt ☒
den 07.11.1986

Dieser Bescheid wurde mit Hilfe automatischer Einrichtungen gefertigt. Für seine Rechtswirksamkeit ist die Unterschrift oder Namenswiedergabe des Behördenleiters nicht erforderlich.
Bei Reisen in oder durch Gebiete außerhalb der Bundesrepublik Deutschland darf dieser Bescheid nicht mitgenommen werden.

FIRMA
HILDE BRUECK SCHREINEREI
HUNSRUECKHOEHNSTR. 64

5449 GOEDENROTH

42120 5
20002 6

Kennwort

***** GRAUER ADLER *****

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN!

Auf Antrag der Wehrbereichsverwaltung IV in 6200 WIESBADEN, MOLTKEERING 9
ergeht für die Bundesrepublik Deutschland als Bedarfsträger folgender

Bereitstellungsbescheid

nach dem Bundesleistungsgesetz (BLG):

1. Für Zwecke der Verteidigung haben Sie folgenden Leistungsgegenstand

☒ Fahrzeug ☐ Bau- bzw. Depotgerät
amtl. Kennzeichen SIM -AD 453 FIAT (I)
LKW OFFENER KASTEN

1.095 KG NUTZLAST

einschließlich Werkzeug und Zubehör sowie Fahrzeugbrief, Fahrzeugschein, Betriebserlaubnis, Bedienungsanleitung, Pflege- und Wartungsanweisung zu einem Zeitpunkt, der sich jetzt noch nicht bestimmen läßt,

☐ der Bundesrepublik Deutschland
☒ den VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA
als Leistungsempfänger zum Gebrauch, im Verteidigungsfall zum Eigentum zu überlassen.

Dieser Zeitpunkt wird durch schriftliche Benachrichtigung oder durch öffentlichen Aufruf mit oder ohne Nennung des Kennworts ***** GRAUER ADLER ***** in Rundfunk, Fernsehen und Presse bekanntgegeben werden.

2. Bei Bekanntgabe dieses Zeitpunkts oder mit Verkündung des Verteidigungsfalls haben Sie den Leistungsgegenstand sofort

☒ bei nachstehend aufgeführtem Truppenteil/der Dienststelle abzuliefern
☐ an Ihrem Wohnsitz oder am Standort des Leistungsgegenstands zur Abholung bereitzuhalten.

Truppenteil / Dienststelle 50TH AMMUNITION SUPPORT SQUADRON
DE (AIR BASE RECOVERY) BLDG 621

in

6541 HAHN FLUGPLATZ

3. Sie sind verpflichtet, die angeforderte Leistung rechtzeitig, ordnungsgemäß und vollständig zu bewirken (§ 17 Abs. 1 BLG). Darüber hinaus sind Sie verpflichtet, Einwirkungen, Einbauten, Änderungen und Wiederherstellungsmaßnahmen an dem Leistungsgegenstand zu dulden.

CRUISE MISSILES UNTERWEGS: VERFAHREN EINGESTELLT

Im letzten FRIEDENS-INFO berichtete ich über eine Anzeige die ich mir eingehandelt hatte, weil sich die US-Soldaten eines Cruise Missile Transportes durch mich "behindert" fühlten. Nach Erscheinen des FRIEDENS-INFO's wurde mir von Polizeioberkommissar Adams mitgeteilt, mein "Fahrverhalten" beinhalte auch den Tatbestand der Nötigung. Ich wurde vorgeladen, ließ den Termin aber verstreichen. Jetzt hat mir die Staatsanwaltschaft in Bad Kreuznach mitgeteilt, das Verfahren gegen mich sei "ausnahmsweise eingestellt". Ob Oberstaatsanwalt Wippermann ein gutes Wort für mich eingelegt hat?

Reinhard Sczech

Herrn
Reinhard Sczech
Hauptstraße 31
5449 Bell

aus dem Schreiben
der Polizei v. 16.12.86

Rheinland-Pfalz

Ihr Fahrverhalten in der Militärkolonne am 27.10.86 beinhaltet auch den Tatbestand der Nötigung. Sie werden daher auch wegen Nötigung angezeigt. Diese Vorladung gibt ihnen Gelegenheit, sich bis 31.12.86 dazu zu äußern.

Staatsanwaltschaft · Ringstraße 79 · 6550 Bad Kreuznach

Herrn
Reinhard Sczech
Hauptstr. 31

5449 Bell

Staatsanwaltschaft
Bad Kreuznach

Ringstraße 79
Telefon: 06 71 / 70 80
Telex: 4 2 847 stkh d

* Unser Aktenzeichen
4 Js 240/87

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Durchwahl

Datum

708-312 13.2.1987

Sehr geehrter Herr sczech,

das Verfahren gegen Sie wegen Nötigung im Straßenverkehr habe ich gemäß § 153 Abs. 1 StPO ausnahmsweise eingestellt. Im Wiederholungsfalle haben Sie mit einer Anklage zu rechnen. Wegen der von Ihnen ebenfalls begangenen Ordnungswidrigkeiten habe ich das Verfahren an die zuständige Bußgeldstelle abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Herrmann
Staatsanwältin

Beglaubigt:

M. K.
Justizangestellte



-12-

WINTEX/CIMEX 1987

Regelmäßig alle zwei Jahre findet unter dem Namen WINTEX/CIMEX eine sogenannte "NATO-Stabsrahmenübung" statt. So auch wieder in diesem Jahr, nämlich Anfang März. Dabei handelt es sich nicht um irgend ein Manöver von vielen, sondern es ist eine Übung ganz besonderer Art. Bei der WINTEX/CIMEX wird nämlich das reibungslose Zusammenarbeiten von Militär und zivilen Verwaltungen für den Kriegsfall eingeübt. Da sich im Schulzentrum von Kirchberg ein sogenanntes "Hilfskrankenhaus" befindet, in das man im vorigen Jahr für 60 000 DM gasdichte Türen eingebaut hat – denn die chemischen Waffen in Form von Giftgas spielen eine immer größere Rolle in der Kriegsplanung der NATO – hatte ich an den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg eine Anfrage bezüglich der WINTEX/CIMEX 1987 und der Einbeziehung des Hilfskrankenhauses gestellt. Interessant an der Antwort des Bürgermeisters ist, daß an der NATO-Übung ein Hausmeister teilnehmen wird. Dabei handelt es sich mit ziemlicher Sicherheit um den Hausmeister des Schulzentrums, so daß davon auszugehen ist, daß das Hilfskrankenhaus im Kirchberger Schulzentrum in das diesjährige Kriegsspiel einbezogen wird.

Da der Bürgermeister im übrigen auf die Zuständigkeit des Rhein-Hunsrück-Kreises verwiesen hat, stellte die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kreistag, Ulla Krönig, die gleiche Anfrage an den Landrat. Doch, oh Wunder! Der Herr Landrat scheint seine Kompetenzen wieder einmal nicht zu kennen. Er behauptet zwar, daß "Verteidigungsangelegenheiten" nicht in die Selbstverwaltungskompetenz des Kreises fallen. Doch danach war gar nicht gefragt. Die Fragen nach der Einbeziehung des Hilfskrankenhauses in Kirchberg in dieses Kriegsspiel und nach der Sicherheitsüberprüfung von Mitarbeitern der Kreisverwaltung – beides Fragen, für die der Landrat sehr wohl der richtige Adressat ist – werden einfach ignoriert.

Schon einmal hatte der Landrat gemeint, sich um die Beantwortung unbequemer Fragen der GRÜNEN herumdrücken zu können. Nach dem schweren Unfall mit einer Pershing II auf der Waldheide bei Heilbronn 1985 hatten die GRÜNEN von ihm wissen wollen, welche Sicherheitsvorkehrungen gegen einen ähnlichen Unfall mit cruise missiles im Hunsrück getroffen wurden und welche Maßnahmen für den Fall vorgesehen sind, daß bei einem Unfall mit den Marschflugkörpern Plutonium freigesetzt wird und den Hunsrück oder Teile davon unbewohnbar macht. Auch damals versuchte der Landrat, sich mit "keine Selbstverwaltungsangelegenheit des Kreises" um eine Auskunft herumzudrücken. Erst als wir ihn damals darauf hinwiesen, daß der "Situationsbericht über den Brand- und Katastrophenschutz im Rhein-Hunsrück-Kreis" doch seine Unterschrift trage und er somit doch sehr wohl für die Beantwortung der Fragen zuständig sei, sah er sich genötigt, uns Auskunft zu geben. Die Auskunft fiel zwar recht spärlich aus, aber immerhin hatten wir damit seine Behauptung von der Nichtzuständigkeit widerlegt.

So wird es auch bei der diesjährigen WINTEX/CIMEX wieder der Friedensbewegung zufallen, die Bevölkerung zu informieren und darüber aufzuklären, was um sie herum und vor allen Dingen mit ihr geschieht.

Axel Weirich

"Für eine neue Politik - Der Wende ein Ende" war unser erklärtes Ziel. Dieses Ziel konnte leider noch nicht erreicht werden. Grund zu Resignation und Pessimismus? - Nein! Die CDU/CSU hat ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 einstecken müssen. Zwar konnten ihre Verluste zum Teil von der FDP aufgefangen werden, trotzdem verlor die Rechtskoalition rund 2,4% (19 Sitze) gegenüber 1983. Die wird im allgemeinen als klare Absage an die erzreaktionäre Linie des "Stahlhelmflügels" der Union gewertet. Auch die antikommunistischen Ausfälle Kohls gegen die Sowjetunion und die DDR, sowie die Ausländerfeindlichkeiten führender CSU-Politiker zahlten sich für die Union nicht aus. Sie hatten ein besorgniserregendes Anwachsen neonazistischer Stimmenanteile (vor allem der NPD) zur Folge. Die Kräfte links von der CDU/CSU/FDP konnten aufgrund erheblicher Gewinne der GRÜNEN (+ 2,7%), bei geringen Verlusten der SPD (- 1,2%) ihre Mandate um 8 Sitze erhöhen (siehe Grafik).

Die mangelhafte Geschlossenheit der Opposition, insbesondere der Abgrenzungskurs der SPD gegenüber den Grünen hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Regierungsparteien nicht in die Minderheit gebracht werden konnten. Wer klare inhaltliche Positionen gegen Rechts vertritt, gewinnt Wähler. Das zeigt das Stimmenergebnis der Grünen sehr deutlich.

Was das Ergebnis im Rhein-Hunsrück-Kreis betrifft, kann man auch hier feststellen, daß die CDU erheblich an Wählern verloren hat. so konnte erstmals ihre absolute Mehrheit (53,8%) gebrochen werden. Wer die bisher festen Strukturen (katholisch = CDU - evangelisch = SPD) in unserer Heimat kennt, weiß das richtig zu werten. Hier ist auch in Zukunft langer Atem, viel Aufklärungs- und Diskussionsarbeit nötig. Die FI Rhein-Hunsrück-Mosel sollte hierbei ihren Beitrag noch verstärken. Natürlich sind Wahlen nicht alles. Außerparlamentarischer und parlamentarischer Einfluß müssen sich aber ergänzen. Nur so werden sich Erfolge erreichen lassen. Wir sollten daher überlegen, wie wir besser im Landtagswahlkampf unsere Forderungen vertreten.

Resignation? - Pessimismus? - KEINE ZEIT !!

Horst Petry

Bundestagswahl 25. Januar 1987

+ Veränderungen gegenüber 1983

Stimmenanteil %		In Klammern = Wahl '83		
CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Sonst.
44,3	37,0	9,1	8,3	1,3
(48,8)	(38,2)	(7,0)	(5,6)	(0,4)



Rhein-Hunsrück-Kreis

Erststimmen

	1987	1983
Will-Feld	48,9	53,8
Herberholz	35,6	36,5
Dr. Rumpf	8,5	6,2
Roegler	6,1	3,3

Zweitstimmen

CDU	46,8	51,4
SPD	33,9	34,4
FDP	10,9	9,2
Grüne	7,3	4,7

WAHL UND FRIEDENSLISTE

Mit einem bundesweiten Ergebnis von 0,6% - das sind über 200.000 Stimmen - hat die Erststimmenkandidatur der Friedensliste eine achtbare Demonstration vorzuweisen. Wenn man weiß, wie schwer es ist, Wählergewohnheiten zu verändern, -trotz mehrheitlicher Zustimmung des Wahlvolkes zu konkreter Friedenspolitik- so wird doch zugleich sichtbar: Friedenspolitik wollen... aber solche wählen ist nicht das selbe.

Hier steht noch ein Riesenberg an Informationsarbeit vor der Friedensbewegung bevor sich eine Bewußtseinsänderung und damit ein entsprechendes Wahlverhalten einstellt. Die Wahlanalyse läßt immerhin die Hoffnung zu, daß eine breite Schicht der jungen Intelligenz die Friedensliste gestützt hat. Indiz dafür sind die überdurchschnittlichen Ergebnisse an den Universitätsstandorten.

Wenn die realen Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung weiterhin von der Friedensbewegung so konsequent vertreten werden, hat die Friedensliste auch künftig ihre Chance.

f.-j.ho.

Die Meinung der anderen

HZ 27 Jan. 87

KOBLENZ. Die **Auslandspresse** nimmt in ihren Kommentaren zur Wahl die Einbußen der Union auf.

„Tages-Anzeiger“

ZÜRICH. Daß die CDU empfindlich Federn lassen muß, hat sie vermutlich in erster Linie ihrem bayerischen Bundesgenossen Franz Josef Strauß zu verdanken, der es - wieder einmal - in seinem unnachahmlichen Dampfwalzenstil, mit seiner arroganten Selbstüberschätzung und den Angriffen auf die Entspannungspolitik Außenminister Genschers verstanden hat, berechtigte Besorgnis im Wahlvolk zu erzeugen.

„Les Echos“

PARIS. „Der Verlierer ist der Stier“ aus Bayern, Franz Josef Strauß, der auf ein Verschwinden der FDP von der politischen Szene gesetzt hat. Nach drei Jahrzehnten in den vordersten Reihen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik könnte er sich mit 71 Jahren jetzt zurückziehen.“

„Daily Telegraph“

LONDON. „Der überraschende Rückschlag der Koalitionsregierung von Kanzler Kohl in letzter Minute sollte britische sowie deutsche Politiker daran erinnern, daß sie kein Vertrauen in Meinungsumfragen haben sollten. Die Christdemokraten, von denen man eine erhebliche Verbesserung ihrer Position erwartet hatte, verloren offensichtlich in der letzten Woche des Wahlkampfes Stimmen. Sie gaben sie nicht an die glücklosen Sozialdemokraten ab, sondern an die liberalen Freien Demokraten.“

ten. Diese können das Ergebnis als Unterstützung für die vorsichtige Außenpolitik von Außenminister Genscher ansehen. Für den Rest der westlichen Allianz bedeutet dies, daß der bayrische Regierungschef Franz Josef Strauß seine harte anti-sowjetische... Strategie nicht in die Praxis umsetzen kann.“

„Corriere della Sera“

MILAND. „Die Veränderung des Gleichgewichts in der Koalition zugunsten der FDP wird wichtige Folgen haben, sowohl im Bereich der Außenpolitik als auch bei den Fragen der inneren Sicherheit. Die heftigen Angriffe von Franz Josef Strauß auf die Entspannungspolitik von Hans-Dietrich Genscher haben sich nicht nur als überflüssig erwiesen, sondern haben sogar das Gegenteil bewirkt.“

TASS

MOSKAU. „Die sowjetamtliche Agentur TASS merkt in einer ausführlicheren Reaktion auf die Wahlen die beträchtlichen Verluste des rechtskonservativen Blocks von CDU/CSU an. Unter Berufung auf „örtliche Beobachter“ erklärte TASS, die Verluste seien zu einem erheblichen Teil auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der bisherigen Politik Bonn, dem Kurs einer bedingungslosen Unterstützung des amerikanischen Aufrüstungs- und Konfrontationskurses und mit den Versuchen rechter Kreise, sich von der Entspannungspolitik loszusagen, zurückzuführen. Weiter betont TASS das gute Abschneiden der „Grünen“.

HAHN AIR BASE: FÄLSCHUNGEN UND WACHSTUM

Im Jahr 1951 wurde mit dem Bau des amerikanischen Militärflugplatzes HAHN begonnen. Im September 1952 traf die erste Einheit ein. Heute residiert neben dem Dorf Lautzenhausen das 50. taktische Jagdgeschwader. Etwa 10.000 amerikanische Soldaten(innen) leben in der Region.

Der SPIEGEL berichtete in der Ausgabe vom 2.2.1987 über gefälschte Luftbildaufnahmen der Koblenzer Forstdirektion: Anstelle des Militärflugplatzes wurde eine Phantomgemeinde mit viel Wald und Wiesen drum herum gezeigt. (Wir berichteten etwas schneller als der SPIEGEL im November schon über eine Anfrage des SPD Landtagsabgeordneten Mertes zu dieser Fälschung.) Was wir allerdings nicht wußten: Die Gemeinde Sohren mußte auch noch 855,- DM für die gefälschten Luftaufnahmen bezahlen.

Die US-Army will 15 ha Wald der Gemeinde Lautzenhausen mit Stacheldraht umzäunen. In Lautzenhausen wurde man in den letzten Jahren schon mit sehr vielen Landforderungen der Amerikaner konfrontiert. Insgesamt 245 Hektar mußten abgegeben werden. Der Lautzenhausener Wald grenzt unmittelbar an eine "Housing" der Amerikaner. Ohne Stacheldraht fühlen sie sich nicht mehr sicher - und die Wohnsiedlungen sollen gewaltig erweitert werden.

Das Hearing des "NINETY-NINTH CONGRESS" in Washington enthüllt wie sich die Planer die weitere Entwicklung um die Hahn Air Base vorstellen: Starkes Wachstum. Der Wohneinheiten-Bedarf wird von derzeit 2738 auf 3948 für das Finanzjahr 1990 hochgerechnet. Die Hunsrücker Wohnungvermieter sind den Planern unsichere Kandidaten. Wörtlich heißt es im Protokoll: "Es gibt einen konstanten Verlust an privaten Wohnungen, weil die Besitzer normalerweise ihr Eigentum nur für drei bis zehn Jahre vermieten und sie dann für eigne Familienangehörige selber benutzen wollen." Zur besseren Stimmung der Truppe sollen die neuen, aus USA "schlüsselfertig" gelieferten Wohnungen auch noch serienmäßig mit Wasch- Trocken- und Geschirrspülmaschinen ausgerüstet werden.

Einige Fakten die schon 1983 im amerikanischen Kongress bekannt gemacht wurden:

Die dichtbesiedelte BRD beherbergt in Friedenszeiten 725.000 ausländische Soldaten.

Wert der Grundstücke die den USA kostenlos zur Verfügung gestellt wurden: 32 Milliarden Dollar.

54.000 Wohnungen sind den US-Streitkräften mietfrei überlassen worden.

Freie Manöverrechte auf öffentlichem und privatem Besitz. Jährlich 5000 Übungen, davon 80 große Manöver des US-Militärs

Riesige Manöverschäden, Sperrung von Straßen und Flüssen. (1982 44 Millionen Dollar Manöverschäden, davon hat die BRD 1/4 direkt übernommen.)

Die BRD sei ein Land mit "wartime civil infrastructure", das heißt, die Infrastruktur ist optimal für Kriegszeiten, weniger für Friedenszeiten ausgelegt. Die gesamte Planung und der Bau von Autobahnen werden von militärischen Überlegungen bestimmt.

R. Sczech

RÜSTUNGSETAT '87

Der veröffentlichte Bundeshaushalt '87 setzt, in bezug auf die Militär- und Rüstungsausgaben, eine schon traditionell-schlechte Gewohnheit fort. Dem ahnungslosen Staatsbürger werden wie-dermal unter dem Haushaltseinzelplan 14 die 50,85 Mrd.-DM als einzige Ausgaben in Sachen Militär und Rüstung präsentiert. Daß dies nicht stimmt, und schon nach altem Brauch der veröffentlichte Anteil des BMVg. jährlich um 50- u. mehr Prozente überschritten wird, soll hier einmal untersucht werden.

Schon in 1986 waren es nicht nur die 49,991 Mrd.-DM des Einzelplanes Nr. 14 - es kamen noch runde 21,16 Mrd.-DM, oder 42% dazu, welche in anderen Einzelplänen offen oder verdeckt eingeplant waren, um die Militär- und Rüstungsausgaben finanziell abzudecken. Im Rekord-Bundeshaushalt 1987 wird der EP14 des Bundesverteidigungsministeriums um glatte 70%, oder 34,1 Mrd. DM überzogen! Die Gesamtzahl für Rüstungs- und Militärausgaben in '87 von 85,03 Mrd.-DM nimmt sich im Vergleich zu dem angeblich größten Einzeletat des Bundeshaushalts für "Arbeit und Soziales" = 59,0 Mrd.-DM, recht bescheiden aus. Betrachtet man nun die tatsächlichen Wehr- und Rüstungsausgaben im Verhältnis zum Gesamtbudget '87 des Bundes (= 268,545 Mrd.-DM!) so liegt der Militäranteil über 31%.

Mit diesen Militärausgaben, wie könnte es anders sein, liefert die Kohl-/Genscher-Regierung dem großen Bruder in Washington bestens aus. Im Land der neuerdings so begrenzten Möglichkeiten läßt sich nämlich der gleiche Prozentanteil für die Militärausgaben am Gesamtbudget nachweisen.

Wie nun die hier festgestellten Gesamtausgaben für Militär und Rüstung für 1987 zustande kommen, soll im folgenden aufaddiert werden:

	Mrd.-DM
in EP14 Bundesverteidig.-Min.	50,85
in EP02/03 Wehrbeauftragter, Nordatlant. Versammlg.	0,77
in EP04 BND, Ges.f. Wehrkunde, Deutsche Atlant. Gesell.	0,24
in EP05 verschied. NATO-Titel, WEU, Ausstattungshilfe	0,31

in EP06 Bundesgrenzschutz	1,22
in EP11/33 Ruhegehälter, Versorgung, Wehrmacht	6,50
in EP25 BW-Wohnungsbau	0,03
in EP35 Verteidigungslasten	1,83
in EP36 Zivilverteidigung	0,87
in EP60 Westberlinhilfe, Kriegsfolgen-gesetz	12,75

Außerdem sind noch den Militärausgaben anzulasten: für Wehrstrafgerichtsbarkeit, Umweltschutz der BW, militär. Infrastrukturmaßnahmen durch Post und Bahn 2,06 Mrd.-DM. Im Etat des BMFT für Rüstungsforschung, -erprobung und -entwicklung etwa 5 Mrd.-DM und endlich noch im Etat-Bangemann noch 2,60 Mrd.-DM für Wirtschaftsfördernde Maßnahmen bei der Rüstungsindustrie. Somit steht fest, jede 3. Steuermark wird in der BRD für Rüstungs- und Militärvorhaben ausgegeben; oder anders gesagt: jeder brave Steuerbürger ist mit 30,-DM von hundert Steuermark dabei... wenn Bundeswehr und NATO den Tribut verlangen.

Zur Erinnerung: Im "UNO-Friedensjahr" 1986 wurden weltweit für Waffen und Rüstung 1,8 Billionen DM ausgegeben! Das waren pro Minute -um es etwas begreiflicher zu machen- 3,4 Mio.-DM! Nach einem Bericht des Londoner Instituts f. strategische Studien-IISS waren die USA mit über 30%, und die UdSSR mit 25% am globalen Rüstungsboom beteiligt. Mit ihren jeweiligen Blockverbündeten in NATO und WVO ergibt sich ein alles beherrschender Anteil von 80% an den Ausgaben für Waffen und Militär in der Welt.

Nach der Studie belaufen sich alle Rüstungsausgaben auf sechs Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes. Über 100 Mio. Menschen arbeiten in unserer so friedlichen Welt in Rüstungs- oder deren Zulieferbetrieben. In der Welt rangliste der nationalen Rüstungsausgaben liegt die Bundesrepublik an 6. Stelle. Eine Aussage dieser Studie an anderer Stelle macht sehr bedenklich... die Entwicklungsländer sind jetzt mit 20% an den weltweiten Rüstungsausgaben beteiligt! In 1965 waren es gerade 6%. - So konkurrieren schon in den sogen. armen Ländern heute die Rüstungsanstrengungen mit den notwendigen Bedürfnissen der Zivilbevölkerung - Während täglich hunderttausend Menschen in der Welt verhungern, werden im gleichen Zeitraum 1,2 Mrd.-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben.

f.-j.ho.

Fluglärmterror im Hunsrück

Mit Beginn der 80er Jahre wurde durch die Einführung der sogen. neuen Strategien wie FOFA und Airland-(Rogers-) Plan eine gigantische Umrüstung der NATO eingeleitet. Seitdem hat die Tiefflugintensität über der Bundesrepublik -entgegen anderer Behauptungen- enorm zugenommen.

Durch vermehrten Protest und Widerstand aus der betroffenen Bevölkerung gedrängt, mußte BM -Wörner zugeben: "... in keinem anderen Land der nordatlantischen Allianz sind mehr Streitkräfte und Waffen stationiert... wird der Luftraum dichter beflogen... wird mehr auf engstem Raum militär. geübt, als in der BRD."

WIR SIND EIN LAND MILITÄRISCHER SUPERLATIVE GEWORDEN - und manche sind sogar stolz darauf!?

Zweidrittel der Fläche unseres Landes ist als Tieffluggebiet ausgewiesen. Im Bereich zwischen 75- und 500 m Höhe befinden sich ständig Militärflugzeuge in der Luft.

Daten über Zahl und Ausmaß militär. Flugbewegungen werden generell nicht veröffentlicht. Die Bundesregierung möchte jedoch glauben machen, die Zahl der Tiefflüge habe abgenommen - was aber den Tatsachen nicht entspricht.

Als "Musterbeispiel" für die irreführende und somit wenig nützliche Informationspolitik des BMVg. sind dessen Antworten auf die Anfragen der Fraktion der Grünen im Bundestag zu werten. Diesen Angaben zufolge hat sich die Zahl der Flugstunden in den letzten Jahren "nicht wesentlich" erhöht! Die Auswertung spezifischer Unterlagen von Jagdbombergeschwadern der Bundeswehr lassen dagegen erhebliche "Leistungssteigerungen" erkennen. Womit der Widerspruch zur offiziellen Information durch das BMVg. und dessen Glaubwürdigkeit offenkundig wird.

Als weiterer Beweis für die unaufrichtige Darstellung der militär. Flugbelastung in der BRD mag folgende Methode gelten: Mißt man einmal den militärischen Flugverkehr vergleichsweise am Jahresverbrauch des Flugtreibstoffes, so tritt die bittere Wahrheit zutage. - Schon 1983 verbrauchte das fliegende Militär 1.522.000 to, oder 56% des gesamten Flugzeugkraftstoffverbrauches in der Bundesrepublik. Von 1983 bis 1985 war hier eine Steigerungsrate von 31% zu verzeichnen! -

Obschon neueste Zahlen dazu nicht bekannt wurden, kann man aber sicher schließen daß auch eine satte Zunahme von 1985 nach 1986 erfolgt ist.

Die riesigen Verbrauchsmengen an Flugtreibstoff (Kerosin) durch Militärfliegerei haben auch einen folgenschweren Umweltpolitischen Aspekt, den zu untersuchen ein besonderer Bericht lohnen würde.

Wenn nämlich durch Militärmaschinen jähr-

lich mehr als 2 MIO -to Flugbenzin über uns verbrannt werden, haben diese neben den vielgescholtenen Autofahrern und der Industrie eine hohe Mitschuld am Waldsterben ... aber davon spricht in diesem Lande niemand! -

Im Hunsrück bekommen wir die Mehrbelastung besonders durch Tiefflüge zu spüren. Dafür sorgen die in der Region liegenden Militärflugplätze Hahn, Büchel, Pferdsfeld Bitburg, Spangdahlem und Ramstein. Auch die weiter gelegenen Flugbasen am Niederrhein, in Holland und Belgien tragen zu der hohen Flugfrequenz am Hunsrückhimmel bei. Der Lärm der Strahlenflugzeuge, der oft die Schmerzgrenze bei einer Phonstärke von 120 Dezibel und mehr erreicht -der wegen der Hochgeschwindigkeit der Flugzeuge wie ein mächtiger Donnerschlag vehement auftritt - der die Menschen in Angst und Schrecken versetzt!

An Schönwettertagen liegt der Hunsrück fortwährend unter einem unerträglichen Lärmteppich durch militär. Tiefflugmanöver. Dabei fliegen die Piloten oft unter 75 m über Gelände, obwohl die befohlene untere Flughöhe von 150 m nicht unterflogen werden darf. Der dann erzeugte, infernalische Krach, der unerträgliche Druck auf Ohren, Atmung und Kreislauf macht die Menschen krank. Deshalb muß man angesichts der Dauerbelastung, welcher die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten ausgesetzt ist, vom Lärmterror der NATO sprechen.

Der Lärmschock alleine ist es ja nicht der die Bevölkerung krankmacht - die Unsicherheit ist es zudem, mit der wir ständig konfrontiert sind. Die Flugbewegungen in extrem niedriger Höhe sind so blitzschnell, daß man garnicht wahrnehmen kann ist das jetzt ein Absturz, oder nur ein Überflug! -

Politiker, angesprochen von lärmgeplagten Bürgern, heucheln meist "Verständnis", weisen aber zugleich auf die notwendigen "Verteidigungsaufgaben", die zu erfüllen seien...

-Allerdings bei den Folgezuständen, welche der sogen. Verteidigungsauftrag hinterläßt muß man fragen: was oder wer wird denn letztlich zu verteidigen sein, wenn die SKYWARRIER PHANTOMS, EAGLES und TORNADOS nur noch nervenkranken Menschen, geistig geschädigte Säuglinge und ängstlich verstörte alte Leute übriglassen? -

Die FI-Buchholz/Hunsrück hat in 1986 alle militär. Flugbewegungen örtlich beobachtet und in einer Jahresstatistik erfaßt um einmal ganz konkret dem Gerede entgegenzutreten, was aus dem Luftwaffenamt in Köln, oder von der Bonner Hardthöhe zu vernehmen ist.

Die hier abgedruckte Grafik gibt endlich

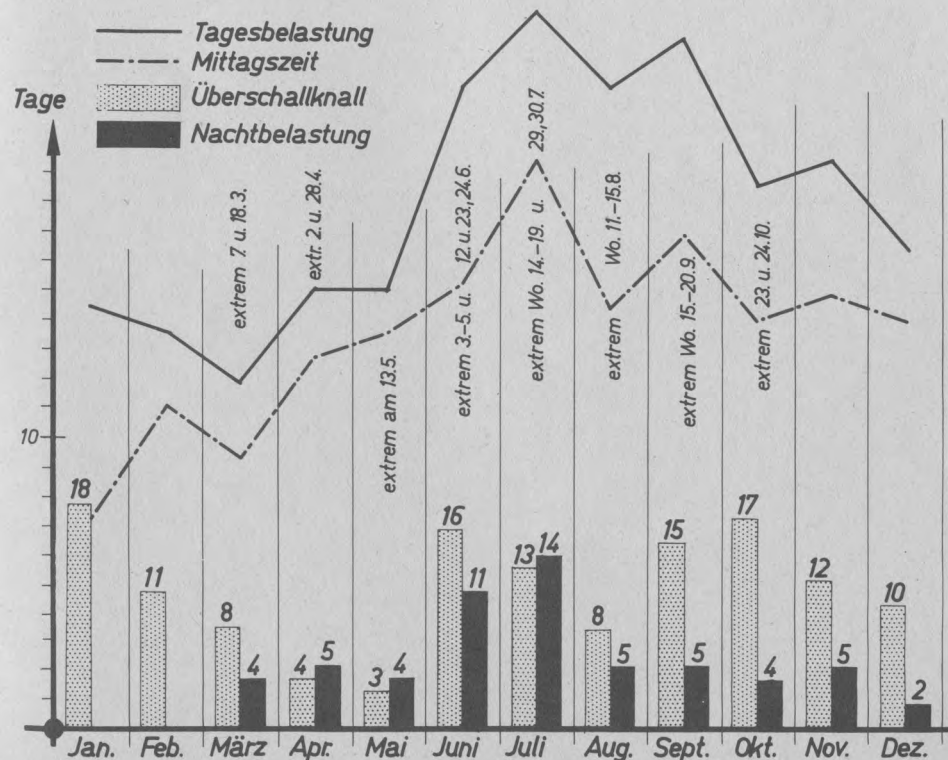
einmal zu erkennen, was sich wirklich über unseren Dächern abspielt. Sie baut auf -auf die "Ereignistage" pro Monat in 1986. Darüber hinaus wird deutlich widerlegt daß es für NATO-Piloten keine "Mittagspause in der Luft" gibt... wie ung Herr Wörner aus Bonn und Herr Vogel aus Mainz einreden möchten. An 169 Tagen fanden im Hunsrück Tiefflüge zwischen 12,00 und 14,00 Uhr statt! - An jedem 5. Tag dröhnen noch nach 20,00 Uhr bis spät in die Nacht Militärflugzeuge über Städte und Dörfer.. und an jedem 2. Werktag ereignen sich Donnerschläge mit starker Druckwelle, verursacht durch Überschall-Flugmanöver in großer Höhe. Die Beobachtungen und Aufzeichnungen des militär. Flugverkehrs sind anhand der Grafik relativierbar: das Jahr 1986 hatte 365 Tage, abzüglich 114 Wochenend- u. Feiertage = 251 Werktagen. Davon waren 232 Tage oder 92,5% mit Tiefflug und Düsenknall belegt... nur jeder 19. Werktag war Ruhe -doch da war in aller Regel auch Schlechtwetter. Die vielversprochene "Mittagspause" wurde infolge Tief- und Tiefstfliegerei an 169 Tagen -das entspricht 66,5% oder Zweidrit-

tel der Gesamtbelastung- jäh unterbrochen. An nicht weniger als 57 Abenden bzw. Nächten war der Lärmterror 1986 in den Wohnstuben unüberhörbar und an 135 Tagen wurden Flugmanöver mit Durchbrechung der Schallmauer registriert.

Weitere Inhalte der Grafik mag jeder für sich selbst herauslesen... nur soviel zur Ergänzung: es liegen der Erfassung (Zahlenangaben) immer die Ereignistage zugrunde. Wegen fehlender Meßinstrumente konnten keine Angaben über die jeweilige Schallintensität gemacht werden. Auch sagen die festgestellten Ereignistage nichts aus über die Belastungsschwere an einem solchen Tag; diese kann schwanken von zehn bis mehr als hundert Überflügen. Deshalb wurden die Extremtage auch gesondert (mit Datumsangabe) in der Grafik notiert. Fazit: Wo die Ruhe dahin ist - kann von Frieden keine Rede mehr sein! und Wörners Trost vom "Preis der Freiheit" verliert da jeden realen Gehalt. - Denn für eine "Freiheit", die man den Menschen genommen hat, kann man keinen Preis verlangen! -

f.-j.ho.

MILITÄRISCHE TIEFFLÜGE IM HUNSRÜCK 1986



IN SACHEN B L O C K A D E

Um offenstehende, vorwiegend juristische Fragen in Bezug auf die Blockade hier im Hunsrück zu beantworten, kam am 15. Febr. einer der Richter nach Bell ins Gemeindehaus, der zusammen mit 18 Kollegen und Kolleginnen an der Richterblockade in Mutlangen teilgenommen hatte.

Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte:

→ Vernehmung bei der Polizei:

zu Aussagen zur Person ist man verpflichtet, Aussagen zur Sache sind freiwillig... (Ob es als sinnvoll angesehen werden kann, die Aussage ganz zu verweigern, oder aber bewußt die Gelegenheit zu nutzen, der Polizei Kenntnisse und Fragen in Sachen Friedensarbeit zu vermitteln, mußte diskutiert werden). Man muß nicht zur Vernehmung bei der Polizei hingehen, dagegen ist eine Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft zwingend.

→ Strafbefehl:

nach der Vernehmung durch die Polizei kann der Richter auf Antrag des Staatsanwaltes hin Strafbefehle versenden. Gegen diese muß innerhalb von einer Woche Einspruch erhoben werden, sonst muß gezahlt werden und man ist rechtmäßig vorbestraft. Beim Einspruch das Aktenzeichen mit angeben, welches auf dem Strafbefehl erscheint. Von allem eine Kopie machen und das Einspruchsschreiben per Einschreiben senden.

→ Verhindern des Strafbefehls:

den Strafbefehl kann man nach Nr. 175 III der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren verhindern, indem man rechtzeitig, d.h. bevor die Staatsanwaltschaft den Strafbefehl einleitet, der Staatsanwaltschaft (unter Angabe des Aktenzeichens, der Personalien, des Zeitpunktes der "Tat" und des Zeitpunktes der polizeilichen Vernehmung) bekanntgibt, daß man auf jeden Fall gegen den Strafbefehl Einspruch erheben wird und daß man vor dem Richter aussagen wird. Sollte die polizeiliche Vernehmung noch nicht stattgefunden haben, kann man entweder vor oder während der Vernehmung die Absicht, auf jeden Fall gegen einen Strafbefehl Einspruch zu erheben, bekannt geben, bzw. zu Protokoll geben. Dann wird es zum Prozeß kommen, außer, was aber nicht zu erwarten ist, die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren ein.

→ Bußgeldbescheid:

bei Erfolgen eines Bußgeldbescheides gem. Ordnungswidrigkeitengesetz sofort innerhalb einer Woche Einspruch erheben (unter Angabe des Aktenzeichens) und erklären, daß man mit einem schriftlichen Verfahren nicht einverstanden ist. Es kommt dann zur öffentlichen Hauptverhandlung.

→ Anklageschrift zur Stellungnahme:

Mindestens eine Woche vor der Hauptverhandlung ergeht durch den Richter die Anklageschrift zur Stellungnahme an den Beschuldigten. Auf dieses Schreiben muß nicht reagiert werden. Jetzt wäre der Zeitpunkt, die Verteidigung einzuschalten. Der Rechtsanwalt hat Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Akten, wir nicht.

Nach Ablauf der Wochenfrist oder später faßt der Richter den sog. Terminbeschuß, d.h. er legt endgültig fest, ob/wann (wieder frühestens eine Woche später) die Hauptverhandlung stattfindet.

→ Hauptverhandlung:

nach Eingang des Einspruchs kann theoretisch innerhalb einer Woche das Hauptverfahren eröffnet werden. In der Regel dauert es aber um einiges länger.

grober Ablauf der Hauptverhandlung:

- Feststellen der Erschienenen (Zeugen und Angeklagte(r))
- Belehrung
- Zeugen werden herausgeschickt
- Vernehmung der Person
- Verlesung der Anklageschrift durch den Staatsanwalt
- Aussagen des Angeklagten zur Sache möglich
- Zeugenvernehmung a) Staatsanwaltszeugen, b) evtl eigene Z.
- Plädoyer des Staatsanwaltes
- Plädoyer der Verteidigung
- Angeklagte(r) hat das letzte Wort
- Urteil (hoffentlich Freispruch!!)

PS. Zeugen können benannt werden unter Angabe des Punktes, zu dem sie aussagen sollen (z.B. Mechtersheimer zur Angriffstrategie der NATO o.ä.). Richter braucht diese Zeugen aber nicht zuzulassen. Es können auch Zeugen sistiert werden, d.h. sie können zur Verhandlung mitgebracht werden, brauchen aber vom Richter nicht zugelassen zu werden.

→ Verteidigung:

ein bekannter Strafrechtsprofessor aus Bonn hat sich bereit erklärt, bei Einzelnen die Verteidigung zu übernehmen. Entscheidend ist, daß er bei den ersten Verhandlungen dabei ist, da diese in der Regel den Verlauf aller anderen folgenden Verhandlungen mitbestimmen. Deshalb **WICHTIG!!!**: Sofort Bescheid geben, sobald der erste Verhandlungstermin bekannt wird! (Melden beim Friedensbüro Tel. 06762-6075 oder bei Beate Ronnefeldt, Tel 06762-6339).

→ Solidaritätskonto:

da viele der Blockierer/innen finanziell nicht übermäßig gut bestückt sind und z.B. der Einsatz des Verteidigers bei den ersten Verhandlungen allen zugute kommt, wäre es gut, auch die Kosten gemeinsam zu tragen. Daher würden wir Euch gerne bitten, etwas auf das **SOLIDARITÄTSKONTO** einzuzahlen.

Kto.Nr 301 088 761 der F.I.Rhein-Mosel-Hunsrück bei der Volksbank Kirchberg BLZ 560 614 72, Stichwort: "Blockade"

→ Tip zur Vorbereitung:

wer Zeit und Lust hat, könnte Prozesse im Amtsgericht Simmern besuchen, um sich schon ein wenig mit der Gerichtsatmosphäre vertraut zu machen und evtl. schon einen Eindruck von dem Richter zu bekommen.

→ Weiteres Vorgehen:

um das Gespräch und die Diskussion über das weitere Vorgehen abzusprechen, wäre es gut, wenn jede(r) die/der blockiert hat, zu folgenden Terminen anwesend sein könnte:

7. März, 20.00 Uhr Gemeindehaus Bell (Vollversammlung der Blockierer)

12. April, 17.00 Uhr Gemeindehaus Bell (nach dem Friedensgebet)

Es ist geplant, sich vorläufig jeden zweiten Sonntag im Monat nach dem Friedensgebet im Gemeindehaus Bell zu treffen.

→ Liste der Blockierer/innen:

Da es Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Liste der Blockierer/innen gegeben hat und wir uns nicht sicher sind, alle "erfaßt" zu haben, bitten wir Euch, an das Friedensbüro die Namen der Blockierer/innen, die Euch bekannt sind, zu schicken. Danke!

Die fertige Liste wird, soweit möglich, an alle Blockierer/-innen verschickt. Städteweise müßte sich eine Person bereit- erklären, die Koordination, bzw. die Weiterleitung von Infor- mationen zu gewährleisten, falls kurzfristige Absprachen not- wendig werden. Bitte dem Friedensbüro Bescheid geben, wenn Bereitschaft dazu besteht.

W I C H T I G !!!



Bitte im Friedensbüro (Tel.: 06762-6075) oder bei Beate Ronnefeldt (Tel.: 06762-6339) melden wenn:

- Strafbefehle erteilt wurden
- zur Verhandlung vorgeladen wurde
- bei besonderen Vorkommnissen in Bezug auf die Blockade
- bei weiteren Fragen

BESUCHER-RUNDFAHRTEN zu Militärstandorten im vorderen Hunsrück

Noch immer melden sich Gruppen an, die gerne mal zu uns kommen und eine Rundfahrt machen wollen. Wir freuen uns, daß das Interes- se für unsere Situation hier und unsere Arbeit auch nach der Groß- demonstration im Oktober nicht abgerissen ist und halten es für besonders wichtig, daß Kontakte mit auswärtigen Gruppen aufrecht- erhalten werden.

Für alle, die gerne mal eine Rundfahrt mit einer Besucher-Gruppe machen wollen, gibt es jetzt ein schriftliches Konzept mit einem Vorschlag einer Fahrtroute (Fahrtdauer ca 2 Std) und Informatio- nen zu den einzelnen Stationen. Franz-Josef Hofmann hat das Kon- zept zusammengestellt, das auch denjenigen eine solche Führung er- möglichen soll, die sich dies bisher noch nicht zugetraut haben. Wir bitten davon regen Gebrauch zu machen!

Heidrun im Friedensbüro

Rosen für die Polizei?

Mit diesem Leser/innenbrief nehmen wir Bezug auf die Artikel zur Blockade am 21. und 22. November im letzten Friedensinfo, denn auch von unserer Gruppe haben einige Leute an dieser Blockade teilgenommen. Schon während der Blockade hat bei uns eine Diskussion über die Polizeistrategie und das Verhalten der Blockierer/innen angefangen, die wir in Köln in unserer Gruppe weitergeführt haben.

"Gewaltfrei im Hunsrück" - das ist das Image, das sich die Polizei im Hunsrück seit der Großdemonstration gibt. Und leider unterstützten auch viele Blockierer/ innen diese Lüge. Die "Nettigkeit" der Polizei wurde von allen hoch gelobt: von den Teilnehmer/innen, der Presse, dem Fernsehen ...

Es war ja auch so - die meisten Polizisten waren freundlich, manche hatten an der bevorstehenden Verhaftung sogar soviel Anteilnahme, daß sie uns überreden wollten, doch lieber gleich von alleine aufzustehen. Hier wird genau der Zwie- spalt deutlich, in dem einzelne Polizisten stehen: Einerseits müssen sie dem Befehl - uns wegzutragen - gehorchen. Auf der anderen Seite verstehen manche, warum wir diese Blockade machen und sind evt. auch gegen die Stationierung der cruise missiles. Die Diskrepanz zwischen Person und Funktion sehen wir auch; wir können den Polizisten diese Zwickmühle jedoch nicht ersparen, wenn wir unsere eigenen Interessen ernstnehmen wollen.

Es geht uns aber nicht darum, diese Freundlichkeit anzuprangern - uns sind verständnisvolle Polizisten auch lieber als solche, die mit dem Knüppel um sich schlagen. Aber diese "Nettigkeit" ändert nichts an der Tatsache, daß die Polizei Gewalt angewendet hat, denn wie sonst nennt man das, wenn sie uns wegtragen, wegschleifen, auseinanderziehen. Wir finden es richtig, mit einzelnen Polizisten zu diskutieren. Dabei wird oft deutlich, daß einige Polizisten nicht immer hinter der offiziellen Meinung stehen, daß sie Schwierigkeiten bei diesem Polizeieinsatz haben. Oft fällt in diesem Zusammenhang das "Arbeitsplatz-Argument". Wir erwarten nicht, daß Menschen so einfach ihren Arbeitsplatz kündigen. Aber wir erwarten, daß sie verantwortlich handeln: Das könnte z.B. heißen, Zweifel und Kritik an bestimmten Polizeieinsätzen innerhalb der Polizei zum Thema zu machen oder auch zu veröffentlichen (wie z.B. von der Polizei-Gewerkschaft nach dem "Hamburger Kessel" im Juni 1986). Bei Gesprächen mit einzelnen Polizisten könnte die Möglichkeit der Verweigerung bestimmter Polizeieinsätze Thema sein.

Sicher können wir viele gute und sinnvolle Gespräche mit Polizisten führen. Aber wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, daß alleine dadurch schon Veränderungen stattfinden. Die Funktion der Polizei in diesem Staat (und nicht nur in diesem) ist es: das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Und das geschieht auf unterschiedliche Weise: im Hunsrück gesprächsbereit und nett, in Hamburg/Brockdorf mit Hilfe von Einkesselung, in Wackersdorf mit CS-Gas... (um nur einige Beispiele zu nennen).

Die Polizei setzt jedesmal die Taktik ein, die für sie am erfolgversprechendsten ist. Dabei spielt nicht nur der tatsächliche materielle Aufwand eine Rolle, sondern auch die Legitimation in der Bevölkerung. Im Hunsrück Hamburger oder Wackersdorfer Verhältnisse zu schaffen, schadet der Polizei letztendlich mehr, als daß sie damit Erfolg hätte. Außerdem liegt es im Interesse des Staates, bestimmte Demonstranten zu kriminalisieren und andere z.B. uns im Hunsrück hoch zu halten und als "friedliche" Demonstranten zu bezeichnen. Wir finden es wichtig zu sehen, daß es trotzdem jedesmal der gleiche Polizeiapparat ist (zwar von unterschiedlichen Landesregierungen bestimmt), der die Interessen des Staates mit Gewalt durchsetzt. Deshalb ist auch der Slogan der Polizei "Gewaltfrei im Hunsrück" eine Lüge.

Wenn wir die wirkliche Funktion der Polizei in diesem Staat aus den Augen verlieren, verliert unsere Arbeit an Klarheit. Unser Ziel war es, die Arbeiten an der cruise base zu behindern gewaltfrei aber entschieden, und das heißt gegen bestehenden Machtinteressen zu handeln. Die Polizei aber ist das Instrument des Staates, das gerade diese Machtverhältnisse garantieren und erhalten soll. Daraus folgt für uns gerade nicht die Rechtfertigung jeglicher Mittel gegen die Polizei.

Wer sich - aus welchen Gründen auch immer - über diese Tatsachen hinwegtäuscht, muß sich allerdings den folgenden Vorwurf machen lassen: entweder die Verhältnisse bewußt zu verschleiern oder aber dem Wunsch nach Harmonie auf unpolitischste Weise auf den Leim zu gehen.

Über Antworten würden wir uns freuen!

Brigitte Kugler, Ulrike Große-Kreul, Peter Wattler, Susanne Roßbach

Mitglieder der Graswurzelgruppe Köln

Hoheneckenweg 9, 5000 Köln 60



Du, Mann auf dem Revier mit der weißen Mütze!
Wenn sie Dir morgen befehlen, Du sollst keine
alten Mütterchen mehr über die Straße begleiten,
sondern Atomkraftgegner und Friedensbewegte
mit dem Knüppel auf die Birne hauen,
dann gibt es nur eins: SAG NEIN!

termine - termine - termine - termine - termine - termine

7.3.: Überregionales Treffen aller Blockadeteilnehmer/innen vom
November und aller, die an weiteren Aktionen interessiert
sind.

20 Uhr im Gemeindehaus in Bell/Hunsrück

9.3.: Zweites Treffen zur "Cruselbeobachtung". Es soll ange-
knüpft werden an Ideen und Vorschlägen vom letzten mal.
Ein Flugblattentwurf liegt vor.

20 Uhr Schloßhotel in Kastellaun

8.3.: Bundesweite Demo gegen Wintex Simex in Dernau. Weitere Infos
bei den GRÜNEN

12.4.: weiteres Treffen der Blockadeteilnehmer/innen, wie von jetzt
ab jeden zweiten Sonntag des Monats

um 17 Uhr (nach dem Friedensgebet) im Gemeindehaus in Bell

FRIEDENSINITIATIVEN RHEIN-HUNSRÜCK-MOSEL-NAHE

An den Landrat
Dr. Armin Jäger
Kreisverwaltung
6540 Simmern

Bell, den 11-1-1987

Sehr geehrter Herr Dr. Jäger,

Die Delegierten der Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe sind empört über ein Dokument des amerikanischen Kongresses. Unter der Überschrift: "Military Construction Appropriations for 1987" werden weltweite Militärvorhaben der US-AIR-FORCE erläutert. In dem über tausend Seiten dicken Dokument sind auch zahlreiche neu geplante Rüstungsmaßnahmen im Hunsrück genau beschrieben.

Mit 15,7 Millionen Dollar soll der Flugplatz Hahn ausgebaut werden: Erweiterung der Startbahn, Bau einer Einsatzzentrale für die Sicherheitspolizei, ein neues Treibstofflager, 36 Atomwaffengründe um Atombomben blitzschnell in die Bomber zu bringen, Ausbau der Fahrzeug Instandhaltung und zahlreiche Wohnraumerweiterungen. Neubau und Erweiterungen von über 700 Apartments werden im amerikanischen Kongress wie folgt begründet: "Zur Zeit sind 3000 Wohnungen in 204 Dörfern im Radius von 25 Meilen (40 km) um die Hahn Air Base angemietet."

Für die Raketenbasis in Hasselbach wurden 310.000 Dollar zusätzlich bewilligt. Damit soll in der Marschflugkörperstellung eine Straßeninstandhaltung gebaut werden. Begründung der Amerikaner: "Die Umgebung der Stellung muß instandgehalten werden, um der Sicherheitspolizei eine ungestörte Beobachtung der Umgebung zu ermöglichen. Die Straßen müssen von Schnee und Eis freigehalten werden, um ein jederzeitiges Ausfahren der Raketenwerfer zu ermöglichen."

Wir verurteilen scharf diese Weiterrüstung und die Informationspolitik von Verteidigungsminister Wörner. Es ist wohl ausgeschlossen, daß in Bonn von diesen Rüstungsvorhaben bisher nichts bekannt ist. Offensichtlich sollen die Hunsrücker mal wieder über die geplanten Maßnahmen im unklaren gehalten werden - während eine Information der amerikanischen Bevölkerung über die Rüstung im fernen Hunsrück eine Selbstverständlichkeit ist.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Armin Jäger, wir fordern Sie auf, sofort bei Verteidigungsminister Wörner über diesen skandalösen Vorgang Beschwerde einzulegen. Außerdem bitten wir Sie sich dafür einzusetzen, daß zukünftig der Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises die Protokolle des US-Kongresses zugestellt bekommt. Die Menschen im Hunsrück haben das Recht auf dieselben Informationen wie amerikanische Staatsbürger.

In der Anlage übersenden wir Ihnen eine kurze Zusammenfassung des US-Kongress Berichtes. Ihrer Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

ACHTUNG !!

- N E U E Ö F F N U N G S Z E I T E N . -

ACHTUNG !!

Bereits seit Dezember gelten für das Friedensbüro neue Öffnungszeiten, deren Ankündigung im letzten Info leider etwas untergegangen ist.

Mo. u. Di. 8.00 - 13.00 Uhr
Do. 13.00 - 20.00 Uhr
Sa. 10.00 - 13.00 Uhr

außerdem:

T Ä G L I C H von 18.00 - 20.00 Uhr

Wir freuen uns, daß es uns seit geraumer Zeit möglich ist, das Büro abends zu öffnen. Die Besetzung erfolgt durch Mitglieder der Kastellauner, Kirchberger, Emmelshausener und Bopparder Stammtische.

W I R B R A U C H E N D R I N G E N D B R E N N H O L Z !

Das Friedensbüro in Kastellaun kann nur mit Holz geheizt werden. Die Vorräte sind bald aufgebraucht. Deshalb bitten wir alle, denen es möglich ist, mal einen Korb Herdholz vorbeizubringen. Also dann schon im voraus vielen Dank!



Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück und Nahe-Mosel

einsenden an:
Büro für Friedensarbeit
Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun (06762/6075)

Spendenkonto:
Verein f. friedenspol. u. dem.
Bildung. Voba Kirchberg
BLZ 56061472 Kto 1013591
Pschkto Ffm - Sonderkonto
Hildegard Engelmann
Ktonr. 44 1898-603

☐	Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-Infos
☐	Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.
Absender:	
Vor- und Nachname	
Straße/Hausnummer	
PLZ/Wohnort	
Telefon	